

BERLINER RUNDSCHAU

*In die Zukunft blicken -
So will ich leben.*

BERLINVISION²¹

So will ich leben.

In die Zukunft blicken – So will ich leben.

Die Einwohnerzahl Berlins wird weiter steigen, die Stadt wird immer vielfältiger und zugleich immer älter. Angesichts dieser und anderer Prognosen hat die CDU Berlin das Projekt **BERLINVISION²¹** ins Leben gerufen, das im Untertitel die Zeile „So will ich leben“ trägt. Gemeinsam mit den Berlinerinnen und Berlinern, Experten und Mitgliedern sollen Ideen für die Zukunft erarbeitet werden. Am 24. Januar 2014 startete das Projekt nun mit einer Pressekonferenz im Fernsehurm.

Mit 368 Metern Höhe ist der Fernsehurm das höchste Bauwerk Berlins und mit seinem 360°-Panorama schaut man mit Weitblick in alle Richtungen. Für den Landesvorsitzenden der Berliner CDU, Frank Henkel, kann der Ort für die Auftaktveranstaltung von **BERLINVISION²¹** kaum passender sein. „Auch bei unserem neuen Themen-Dialog geht es im übertragenen Sinne um einen weiten und umfassenden Blick auf die Stadt“, so der CDU-Landeschef. Neben den zu erwartenden Entwicklungen wie die steigende Einwohnerzahl und den demografischen Wandel stehe dabei die Frage im Mittelpunkt, wie die Menschen im Berlin des 21. Jahrhunderts leben wollen.

Die Berliner CDU führt mit **BERLINVISION²¹** ihren im Wahlkampf 2011 eingeschlagenen Kurs weiter fort, die Menschen in der Stadt und die CDU-Mitglieder in die Kommunikationsprozesse einzubeziehen. „Wir bleiben die Programm- und Dialog-Partei in Berlin“, stellte Frank Henkel klar. **BERLINVISION²¹** kann als Weiterentwicklung des erfolgreichen offenen Dialogs über das Wahlprogramm der Hauptstadtunion verstanden werden. Damals fragte die Partei die Mitglieder und Bürgerinnen und Bürger nach den 100 drängendsten Problemen und erarbeitete daraufhin 100 Lösungen. Während ein Wahlprogramm naturgemäß für die Dauer einer Legislaturperiode entwickelt wird, soll am Ende von **BERLINVISION²¹** ein Werk vorliegen, das weit darüber hinaus geht. „Es soll Grundsatz- und Zukunftsprogramm zugleich sein und den Rahmen abstecken, in dem sich unsere Politik in den nächsten Jahrzehnten bewegen wird“, erklärte Frank Henkel. Henkel weiter: „Wir wollen wissen, warum die Berlinerinnen und Berliner ihre Stadt heute lieben. Und genauso wollen wir erfahren, wie sie sich das Berlin von morgen wünschen, damit sie auch dann noch gern in dieser Stadt leben wollen.“

„Was wir als Berliner Union vorhaben, ist in dieser Form und Gesamtheit neu“, betonte der Parteichef, „das sieht man schon an Dauer und

Aufbau der Kampagne“. Gut 16 Monate sind für das zentrale Projekt eingeplant. Enden soll **BERLINVISION²¹** Mitte des Jahres 2015. Bis dahin wird das Projekt drei Kommunikations-Phasen durchlaufen haben: Fragen, Reden und Antworten. Es ist so konzipiert, dass es sich durch Beteiligung und Dialog kontinuierlich weiterentwickeln kann.

„Unsere Mitmach-Möglichkeiten sind bewusst vielfältig. Vom klassischen Anschreiben an Zehntausende von Haushalten über Online-Medien bis zu Video-Botschaften mit unserem Video-Mobil ist für jeden ein Weg dabei, um sich zu beteiligen“, ergänzte Generalsekretär Kai Wegner (im Foto oben), der die Organisation und Umsetzung des Themen-Dialogs verantwortet.

In der ersten Phase „Fragen“ geht es darum herauszufinden, was die Menschen bewegt, erfreut oder auch besorgt. Dafür kommen Mitmach-Instrumente wie Umfragen, Postkarten, Facebook und



ein eigens angefertigtes Video-Mobil zum Einsatz. Im nächsten Schritt – der Phase „Reden“ – wollen die Berliner Christdemokraten in „Bürger-Konferenzen“ mit den Berlinerinnen und Berlinern über die gesammelten Ideen diskutieren. In der dritten und letzten Phase „Antworten“ sollen die Ergebnisse mit den Mitgliedern erörtert werden, z.B. in einer großen Telefonschaltkonferenz. Am Ende des Projektes steht der Beschluss des erarbeiteten Programms auf dem Landesparteitag mit einem umfangreichen Druckwerk. Auf dem Facebookprofil der CDU Berlin und auch im Internet (berlinvision21.de, cduberlin.de) wird der Projektverlauf dokumentiert und kommentiert. Dazu dienen insbesondere die **BERLINVISION²¹**-Kacheln. Die grafischen Elemente können unter anderem Trends und Prognosen, Umfrageergebnisse sowie Visionen der Berlinerinnen und Berliner wiedergeben. Getragen wird **BERLINVISION²¹** von einem für dieses Projekt eingerichteten Lenkungsrat. Frank Henkel sitzt diesem



viele Visionäre. Der CDU-Landesvorsitzenden sagte daher mit einem Augenzwinkern: „Wer sich über die Zukunft unserer Stadt Gedanken macht, muss sich an keinen Arzt oder Apotheker wenden, sondern kann gerne mit seiner Idee zu uns kommen.“

Der Lenkungsrat von **BERLINVISION²¹**

Die inhaltliche Arbeit von **BERLINVISION²¹** wird von einem Lenkungsrat geleitet. Der Landesvorsitzenden der CDU Berlin, **Frank Henkel**, sitzt diesem vor. Die Koordinierung übernimmt der Generalsekretär **Kai Wegner**.

Dr. Michael Borchard

Dr. Michael Borchard ist Leiter der Hauptabteilung „Politik und Beratung“ der Konrad-Adenauer-Stiftung. Er war zuvor u.a. in der politischen Abteilung des Bundeskanzleramtes unter Helmut Kohl und als Referatsleiter in der Thüringischen Staatskanzlei tätig.



Wolfgang Gibowski

Wolfgang Gibowski ist politischer Berater und war u.a. Mitbegründer des Vereins Forschungsgruppe Wahlen e.V., stellvertretender Chef des Bundespresseamtes und Pressesprecher der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“.



Dr. Heike Maria von Joest

Dr. Heike Maria von Joest ist Vorsitzende des Vorstandes der Bürgerstiftung Berlin, Kommissarische Vorsitzende des Prüfungsausschusses von Unicef Deutschland und Mitgründerin verschiedener NGOs.



Gonca Türkeli-Dehnert

Gonca Türkeli-Dehnert wurde 1975 als Tochter türkischer Einwanderer in Berlin geboren. Sie ist Ministerialbeamtin im Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration im Bundeskanzleramt und Sprecherin des Landesnetzwerks Integration der CDU Berlin.



Marc Wohlrabe

Marc Wohlrabe, war Mitgründer und Pressesprecher der „Clubcommission“, dem Verband der Berliner Club-, Party- und Kulturereignisveranstalter. Er ist dort Mitglied des erweiterten Vorstands und zuständig für die Arbeitsgruppe Stadtentwicklung.



BERLINVISION²¹ – Jetzt mitmachen!

Wie wollen wir im Berlin von morgen leben? Was ändert sich für uns, unsere Kinder und Enkelkinder in den nächsten Jahrzehnten? Dazu interessiert uns Ihre Meinung. Darüber wollen wir mit Ihnen reden.

Mitmachen können Sie ab jetzt: Nutzen Sie dazu einfach den hier abgedruckten QR-Code, um sich an unserer Umfrage zu beteiligen und uns Ihre **BERLINVISION** mitzuteilen. Der QR-Code führt Sie zu unserer Online-Umfrage über die Zukunft unserer Hauptstadt. Wenn Sie teilnehmen möchten, scannen Sie den QR-

Code mit einer dafür vorgesehenen App auf Ihrem Smartphone ein und öffnen Sie die angezeigte Internetadresse mit unserer Umfrage.



Frank Henkel zum Oranienplatz: „Weltoffen heißt nicht gesetzlos“

BR: Herr Senator, Sie haben erklärt, das Camp am Oranienplatz räumen zu wollen. Nun hat sich die Berliner SPD quergestellt und eine Räumung vorerst verhindert. Ist das Thema damit vom Tisch?

Frank Henkel: Ich bedauere es, dass sich die SPD so schwer damit tut, eine angemessene und druckvolle Position zum Oranienplatz zu finden. Wir müssen die rechtswidrigen Zustände, die dort herrschen, so schnell wie möglich beenden. Aber ich wusste von Anfang an, dass ich rechtlich nicht alleine handeln kann, sondern einen Beschluss des gesamten Senats brauche. Deshalb ist die Position der SPD so entscheidend. Aber das Thema ist für mich keinesfalls vom Tisch.

BR: Warum drängen Sie so auf eine Lösung für den Platz?

Frank Henkel: Das, was in Kreuzberg passiert, ist eine unhaltbare und rechtswidrige Situation. Das ist keine Bagatelle, sondern es geht um die grundsätzliche Frage, wie wir zu Recht und Ordnung in unserer Stadt stehen. Wir wissen doch alle: Jeder Gaststättenbetreiber, der seine Stühle einen halben Meter zu weit auf die Straße stellt, bekommt die ganze Härte der Behörden zu spüren. Und jetzt reden wir von einem ganzen Platz, der besetzt wird, an dem ganz unverhohlen Rechtsbrüche begangen werden. Und der Bezirk schaut tatenlos zu.

BR: Sie könnten sich doch eigentlich entspannt zurücklehnen und sagen, das ist nun das Problem der SPD.

Frank Henkel: Ich kann und will mich nicht zurücklehnen. Das ist nicht mein Verständnis von Politik. Natürlich sollte auch die SPD dringend eine Position entwickeln, wie die rechtswidrigen Zustände beendet werden, falls Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen. Aber wir wollen auch nicht vergessen, wer die Verantwortung trägt. Es ist die grüne Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann, die ihre schützende Hand über diese abenteuerlichen Zustände hält. Es macht mich fassungslos, wie hier mitten in unserer Stadt mit Recht und Ordnung umgegangen wird.



BR: Hängt das auch damit zusammen, dass die Grünen im Bezirk offen mit dem Protest der Flüchtlinge sympathisieren?

Frank Henkel: Für mich ist das der Einstieg in ein Zwei-Klassen-Recht, das sich nach Sympathie und Antipathie richtet. Das dürfen wir nicht zulassen. Wie soll ich dem normalen Bürger sagen, dass er bei Rot an einer Ampel stehen soll, wenn sich selbst eine Bezirksbürgermeisterin nicht an Recht und Gesetz hält? Was soll ich den vielen tausend regulären Asylbewerbern sagen, die sich hier rechtstreu ihren Verfahren stellen, während andere ihren Aufenthalt mit solchen Mitteln erzwingen wollen? Für mich ist es ein fataler Weg, der hier beschritten wird. Hier in unserer Stadt darf nicht das Recht des Stärkeren oder des besser Organisierten gelten. Es muss ein berechenbares Recht für alle geben.

BR: Über die besetzte Gerhart-Hauptmann-Schule wird ebenfalls viel diskutiert. Was muss hier passieren?

Frank Henkel: Auch die Situation an dieser Schule ist ein enormes Problem, vor allem unter Sicherheitsaspekten. Die Polizei muss häufig mit Hundertschaften anrücken, um etwa nach einer Messerstecherei einen Tatort zu sichern. Die Ge-

waltvorfälle nehmen zu. Die Raumsituation und die hygienischen Zustände sind abenteuerlich. Ich erwarte, dass sich Frau Herrmann endlich um dieses Problem kümmert. Berlin ist eine weltoffene und tolerante Stadt. Aber weltoffen heißt nicht gesetzlos.

BR: Derzeit ist im Gespräch, den Besetzern vom Oranienplatz ein Bleiberecht anzubieten, um sie zum Abbau der Zelte zu bewegen. Am Ende müssten Sie als Innensenator darüber entscheiden. Ist das für Sie denkbar?

Frank Henkel: Ich sehe dafür wirklich keinen Spielraum. Unser Recht muss für alle gelten. Eine Vorzugsbehandlung der illegalen Besetzer vom Oranienplatz wäre unfair gegenüber denjenigen, die sich in Deutschland oder Europa einem oftmals langwierigen Asylverfahren stellen. Ein Bleiberecht kann nicht durch Rechtsbrüche erpresst werden. Wenn wir dem nachgeben, höhlen wir unser Recht aus. Es würde auch das Problem nicht lösen. Dann würden eben neue Personengruppen kommen, um ebenfalls einen Aufenthaltsstatus für sich zu erzwingen. Das kann kein Ansatz sein. Deshalb sollte man den Besetzern auch keine falschen Hoffnungen machen.